

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonimentspreis für einen Monat einschließlich Beingerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Vollschekonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Interatenpreise: Die 7 geplante Kolonie oder deren Raum 2.50 Mt., bei Plakatvorwurf 3.—Mt.; Familiennachrichten, die 7 geplante Zeile 2.—Mt., Reklame-Kolonie 10.—Mt. — Telefon für die Interaten-Abteilung 2721
Schluss der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eröffnung der Konferenz in Washington.

Washington, 12. November. Präsident Harding erklärte in seiner Rede bei der Eröffnung der Washingtoner Konferenz, es sei nicht möglich, die Bedeutung einer solchen Konferenz zu unterschätzen. Es sei keine unzulässige Prahlerei und keine Herabsetzung der andern Nationen, die, obwohl nicht auf der Konferenz vertreten, in höchster Achtung gehalten würden, wenn man erwägt, daß die Beschlüsse dieser Konferenz einen außerordentlichen Einfluß auf den ganzen menschlichen Fortschritt, ja sogar auf das Schicksal der Welt haben werden. Es sei nicht eine Konferenz zur Feststellung von Bedingungen, es sei ein Zusamminkommen aus allen Teilen der Erde, um die Störungen in den internationalen Beziehungen der Nationen auf das kleinste Maß zurückzuführen. Die Welt ist seelisch und drängt nach Erneuerung, sie hungert und drängt nach besserem Zusammenleben. Die Menschen schreien nach Erlösung und flehen nach der Gewissheit dauernden Friedens. In allen Ländern werde die Schuldenlast und die Trostlosigkeit des Zerstörung gleich empfunden. Alle verlangen nach Freiheit und Gerechtigkeit, die eine könne ohne die andre nicht leben und alle Völker müssen sie bestehen. Die Welt taumle in ihren Schülern und wolle ihre Last abnehmen können. Angeichts der unermöglichlichen Kosten eines Krieges und der fortwährenden Rüstungslast verlangen alle einstellige Völker willkürliche Beschränkungen der Rüstungen und eine Sicherheit des Friedens.

Präsident Harding fuhr fort, indem er sich an die Delegierten der Konferenz wandte: Die Vereinigten Staaten begrüßen euch mit unzweckmäßigen Händen. Wir hegen keine Furcht, wir verfolgen keine niedrigen Ziele, wir sehen niemand als Feind an. Wie denken nicht an Eroberungen. Zufrieden mit dem, was wir haben, suchen wir nicht nach dem, was andern gehört. Wir wollen mit euch an dem Tisch internationale Verständigung und internationale Wohlwollen führen. Kein Volk braucht gedemütigt, kein Volk erniedrigt zu werden. Harding schloß: Ich kann nur für die Vereinigten Staaten offiziell sprechen. Unsre 100 Millionen wollen aufrichtig weniger Rüstungen und niemand will Krieg. Wir sind im Dienste der Menschheit zusammengekommen. Ich hoffe auf eine Verständigung über die Vergangenheit des Friedens. Ich hoffe auf geringere Lasten und eine bessere Ordnung, die zur Verhinderung der Welt führt.

Hardings Grundsätze.

Präsident Harding hat die Grundsätze der Abstimmungskonferenz in folgender Erklärung festgelegt, die er Journalisten gegenüber abgab:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforderlich. Ohne daß Amerika dem Völkerbund beitritt, würde es sich doch dessen Willen nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner Konferenz finden.

2. Obgleich die Vereinigten Staaten energischer Anhänger der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgesteckten Grenzen den unprülichen Japans Rechnung zu tragen, damit dieses sich außerhalb seiner Grenzen auszudehnen imstande ist. Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung Japans vor sich gehen könnte.

3. Bei der Feststellung der Grenzen der Abstimmung muss die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betrücksichtigt werden. Alle Lebensmittel und Rohstoffen verlässtigt werden.

4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden, da mit Frankreichs Befürchtungen beobachtet werden. Der Garantievertrag zu Drei (Amerika, England, Frankreich) kann nicht wieder ausstehen, unter welcher Form es auch immer sei. Über Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.

5. Die zu weitgehenden Hoffnungen der radikalsten Wallisten dürfen keine Enttäuschung erfahren, a) insbesondere nicht in der Richtung einer etwaigen vollständigen Unterdrückung der Rüstungen.

6. Wenn diese Konferenz keinen Erfolg haben sollte, so wird sie doch wenigstens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für den allgemeinen Frieden offenlegen und jene bloßstellen, die mit diesen Hindernissen die Verantwortung tragen.

Amerikas Vorschläge für die Beschränkung der Flottenrüstungen.

Washington, 12. November. Auf der Eröffnungseröffnung der Abstimmungskonferenz legte Staatssekretär Hughes im Namen der amerikanischen Delegation allgemeine Grundsätze dar, die wie folgt lauten: 1. Der Bau aller Großkampfschiffe der gegenwärtigen Bauprogramme, sowohl der in Ausführung befindlichen als auch der geplanten, wird ausgeschlossen. 2. Eine weitere Verminderung findet statt durch Ausrangierung gewisser älterer Schiffe. 3. Die bestehenden Flottenstärken der in Betracht kommenden Mächte werden im allgemeinen berücksichtigt.

Nach dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes würde Großbritannien einzustellen haben den Bau der vier Hood- und aller Schlachtschiffe zweiter und erster Linie bis zur King-George-Klasse. Japan würde aufgeben die Pläne der zwei Schlachtschiffe und vier Schlachtkreuzer, die sich im Bau befinden, und alle zehn Dreadnought-Schlachtschiffe der zweiten Linie. Hughes schlägt vor, daß keine weiteren Großkampfschiffe während einer Periode von zehn Jahren auf Stapel gelegt werden, und daß ein Höchstmaß für Errichtungen festgelegt werden soll, wodurch dotiert werden: 600 000 Tonnen für Großbritannien und 200 000 Tonnen für Japan. Nach diesem Plan würden die Vereinigten Staaten 15 Kriegsschiffe, die sich im Bau befinden, und 15 ältere Kriegsschiffe zu streichen haben.

Nach der Rede von Hughes wurde eine Abstimmungskommission gebildet aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte, dazu treten als Beigeordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier andern Mächte. Darauf verlangten die Mitglieder der Konferenz nach einer Rede Briands und riefen wiederholt nach seinem Namen. Briand, der sehr überrascht schien, hielt eine Ansprache aus dem Stegreif und sagte darin, als Frankreich die Einladung Hardings erhalten habe, habe es „hier“ gerufen sowohl aus unauslöschlicher Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als auch aus persönlicher Eingebung und geleitet von dem brennenden Wunsche, bei der Lösung jeder Frage mitzuwirken, welche der Befestigung des Friedens diene und geeignet sei, ihn im Rahmen des Möglichen zu einem dauernden zu machen. Briand erinnerte dann daran, daß die Vereinigten Staaten Frankreich zu Hilfe geeilt seien und mit den Alliierten dazu beigetragen hätten, die Unabhängigkeit Frankreichs zu schützen. „Da wir zusammen den Krieg gewonnen haben,“ sagte Briand, „müssen wir uns gemeinsam bemühen, den Frieden zu gewinnen.“ Briand fügte hinzu, daß Frankreich trotz der ihm von der Nachbarsseite drohenden Gefahren mit ganzem Willen und ganzem Herzen auf der Konferenz die Mittel suchen wolle, die kostspieligen Rüstungen einzuschränken. Frankreich habe schon viel getan; es werde diesen Weg bis zum Ende gehen. Besser als sonst wisse Frankreich, was ein Krieg koste, und es liege daher über alles den Frieden. Briand schloß seine Rede, indem er sagte, wenn morgen die Sicherheit Frankreichs wiederhergestellt sei, werde es bereit sein, zu sagen: „Die Waffen nieder!“

Die Aufnahme der amerikanischen Vorschläge.

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Den ausländischen Delegierten und besonders der englischen Delegation bei der Konferenz zu Washington sind die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes völlig überraschend gelommen und sie haben ihre Erwartung weit übertroffen. Die Berliner Montagspost erläutert, daß die Mitglieder der englischen Marine-delegation betroffen darüber seien, daß die amerikanischen Vorschläge so weit gehen, und daß sie so sehr in Details gehen, ohne daß bisher Verhandlungen über das Thema stattgefunden hätten. Die Delegationen, nicht nur die englische, betrachten den Abstimmungsvorschlag als viel erster und seine Einzelheiten in ihr Flottenprogramm für viel tiefer, als sie erwartet hätten. Es wird bereits der Weg angekündigt, auf dem der Widerstand gegen den amerikanischen Abstimmungsplan organisiert werden sollte, nämlich, indem man Japan als Bahnbrecher vorschiebt, während die interessierten europäischen Mächte nur als Sekundanten auftreten würden.

Paris, 13. November. (WIB.) Der Sonderberichterstatter des *Intendanten* berichtet aus Washington, die englische Delegation habe gestern abend vernommen lassen, daß sie grundsätzlich bereit sei, die Vorschläge Hughes anzunehmen. Wenn es so wäre, dann würde man am Dienstag die Bedingungen erfahren, die England und Japan an die Annahme knüpfen. Die Rede Hughes scheine einen tiefen, ausgeweiteten Eindruck gemacht zu haben. Man erkläre in allen Kreisen, daß sie, obwohl kategorisch, doch sehr geschickt sei; denn sie habe Erfall bei den Republikanern und bei dem gesamten Kongress gefunden. Der Berichterstatter sah jedoch keinen Eindruck dahin zusammen, daß das amerikanische Programm unmöglich ausgespielt werden könne.

Das Arbeitsprogramm der Konferenz.

Nach einer Washingtoner Presse werden die eigentlichen Arbeiten der Konferenz am 14. November beginnen. Als erste Frage steht die Abstimmung zur See auf der Tagesordnung. Staatssekretär Hughes soll die Absicht haben zu fordern, daß alle Verträge zwischen den auf der Konferenz vertretenen Mächten mit China oder alle Verträge, die sich irgendwie auf China beziehen, auf den Konferenztag gelegt werden sollen. Was die Sonderabmachungen anbetrifft, die Amerika vorschlagen wird, um eine Regelung der Frage des fernen Ostens herbeizuführen, so läßt sich nach zuverlässigen Mitteilungen darüber folgendes sagen:

1. Die Zugänge nach Sibirien, die gegenwärtig von Japan blockiert werden, sollen freigegeben werden.

2. Die ostchinesische Eisenbahn soll internationalisiert und neutralisiert werden.

3. Ein Finanzkonsortium soll gegründet werden als wirkames Mittel für die Durchführung einer internationalen Aktion. Die Mandatskure und die Mongolei sollen in diese Aktion mit einbezogen werden.

4. Japan wird seine Rechte auf die südmandschurische Eisenbahn beibehalten und seinen Postvertrag für die Hauptinsel Liaotung im Jahre 1923 erneuern.

5. Alle öffentlichen chinesischen Anleihen, sowohl Staats- wie Provinzialanleihen, sollen durch Vermittlung eines Konsortiums zur Ausgabe gelangen.

6. Allen Privatunternehmungen soll Gleichheit der Rechte zuerkannt werden.

7. Alle Prioritätsbestimmungen und Exklusivitätsrechte, die regierende Macht eine Art Monopol erzielen, sollen in Zukunft ausgeschlossen sein.

Die Konferenz über die Fragen des Stillen Ozeans wird sich mit drei den fernen Osten betreffenden Fragen befassen, und zwar: 1. chinesische Angelegenheit, 2. sibirische Angelegenheit, 3. Zuerteilung der Mandate über gewisse Gebiete. Die Fragen, die auf China und Sibirien Bezug haben, zerfallen in folgende zwei Gruppen: 1. Grundlage, 2. Anwendung dieser Grundlage. Die leichte Gruppe wird in sechs Abhandlungen zerfallen: 1. Territoriale Unversehrtheit, 2. Aufrichterhaltung der Verwaltungsrechte, 3. Offene Tür, 4. Außerordentliche Rechte, Monopole und Privilegien, die zugestanden werden sollen, 5. Chinesische Eisenbahnen, insbesondere die ostchinesische Eisenbahn, 6. Gegenwärtige Lage und Erwägung, inwieweit die internationalen Verpflichtungen in China erfüllt werden.

Der Sturm des Bürgertums abgeschlagen.

Nach Berlin Leipzig! Das war die Lösung aller bürgerlichen Gruppen und Politiker bei der diesmaligen Stadtverordnetenwahl in Leipzig. Darauf war auch die ganze Wahlagitierung eingestellt. Wenn trotzdem die bürgerlichen Dichterlehrer ihr Ziel nicht erreicht haben, so liegt dies an dem sturmproben Kampf, die in den sozialistischen Organisationen zu gemeinschaftlichem Kampf verbunden sind und besonders an der starken Organisation der USP. in Leipzig. Nicht umsonst bekämpfen die Reaktionäre mit Hesitanzigkeit ohnegleichen gerade die USP., und merkwürdigweise, oder auch nicht, haben die Kommunisten sich dasselbe Kampfziel gestellt, nämlich die Unabhängige Sozialdemokratie im Stadtparlament zu dezimieren. Haben doch selbst die Leipziger Neuesten Nachrichten gestern geschrieben, daß das Bürgertum von den Kommunisten nicht allzuviel gernerkt habe, desto mehr richteten sie ihren Kampf gegen unsere Partei.

So ist das Ergebnis der gestrigen Wahl nun, daß das Bürgertum die sozialistische Mehrheit nicht durch die feindige ersehen kann. Es stehen sich 36 sozialistische und 36 bürgerliche Stadtverordnete gegenüber; sie halten sich sonach die Wage. Ob bei diesem Zustand die Gemeindervertretung arbeitsfähig wird, ist sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlich wird sie es nicht sein. Der sozialistischen Vertretung sind drei Mandate abgenommen worden, obwohl das Verhältnis der abgegebenen Stimmen ein anderes erfordert. Die sozialistischen Stimmen übertragen die bürgerlichen um 5000; 167 388 bürgerlichen stehen 172 012 sozialistische Stimmen gegenüber. Daz den sozialistischen Partien das 37. Mandat und damit die Mehrheit im Kollegium nicht zugeschlagen ist, hängt mit der Verteilung der Reststimmen zusammen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat zahlmäßig von allen Partien am besten abgeschnitten. Seit der Landtagswahl im November 1920 hat sie im Stadtbezirk nicht weniger als 34 331 Stimmen gewonnen. Damals erhielt sie 80 000 Stimmen, jetzt 114 000; trotzdem fallen ihr nur 24 Mandate zu, ihre Mandatszahl geht von 32 auf 24 zurück. Sie hat mehr Stimmen gewonnen, als die Vereinigte Kommunistische Partei überhaupt Stimmen aufgebracht; die obendrein seit der Landtagswahl 6490 Stimmen verloren hat. Diese wird nach der abgegebenen Stimmenzahl 6 Mandate erhalten, zu dem bis jetzt schon besessenen sind also 5 hinzugekommen. Nächst unserer Partei hat der Mischmasch etwa 16 000 Stimmen gegenüber der Landtagswahl zugewonnen, ihm fallen 28 Mandate und 1 weiteres durch die Reststimmenverteilung zu. Die Rechtssozialisten haben 2518 Stimmen seit der Landtagswahl gewonnen, sie erhalten 5 Mandate und eines durch die Reststimmen; ihre Fraktionsstärke wird sonach gleichbleiben. Am schlimmsten sind auch in Leipzig die Demokraten gefahren, sie liegen von ihren 17 Mandaten 11 ein. Ihre Stimmenzahl ist seit der Landtagswahl um 1538 zurückgegangen. Stimmen gewonnen haben also seit der Landtagswahl unsere Partei rund 34 000, der Mischmasch 16 000, die Rechtssozialisten 2500, verloren haben die Kommunisten 6500 und die Demokraten über 1500. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Partien sonach in folgender Weise: Mischmasch 28 und 1 durch die Reststimmen, und zwar durch die Listenverbindung mit den Demokraten; auf unsere Partei 24, wobei die 1500 Reststimmen unberücksichtigt bleiben, auf die Rechtssozialisten 5 und durch die Reststimmen von 2858 ein weiteres Mandat, also 6, auf die Kommunisten 6 Mandate, die Reststimmen von 1556 bleiben unberücksichtigt, auf die Demokraten 6 Mandate und auf die Antisemiten oder Deutsch-Sozialisten durch die Reststimmenzahl ein Mandat. Die Wahlbeteiligung beträgt 80,3 Prozent, sie war also ziemlich stark.

Faßt man das Zahlenergebnis zusammen, so ist festzustellen, daß trotz der relativ starlen Beteiligung immer noch 80 000 Wähler ihr Stimmrecht nicht ausgeübt haben. Es gibt also auch in Leipzig noch einen beträchtlichen Teil indifferenten Leute, die die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl nicht zu erkennen vermögen. Wenn die bürgerliche Presse diese Nichtwähler für sich in Anspruch nimmt und daraus folgert, daß dem Bürgertum der Sturm diesmal gesungen wäre, wenn diese Nichtwähler ihre Stimme abgegeben hätten, so irrt sie. Es gibt leider auch in der Arbeiterschaft noch genügend Elemente, die den Wert des Wahlrechts nicht erkannt haben. Würden die Nichtwähler zur Stimmabgabe gezwungen, so würde sich die Stimmabgabe nicht auf die bürgerlichen Parteien beschränken, sondern sie würde auch den sozialistischen zugute kommen. Indes ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung.

Wie wichtiger als die Frage der Beteiligung der Nichtwähler an der Wahl ist nun die, welche Folgerungen sich aus der gestrigen Stadtverordnetenwahl ergeben. Wird das Stadtparlament arbeitsfähig werden? Und wenn ja, welche Richtung in der Kommunalpolitik wird es einschlagen? Um diese Fragen zu beantworten, ist eine kurze Betrachtung der Parteien notwendig. Die bürgerlichen Gruppen, die sich unter dem Namen Gemeinschaftsliste zusammengesunden,

haben, sind eine sehr heterogene Gesellschaft: Hausbesitzer, Bauunternehmer, Innungsmeister, Kapitalsvertreter, Kleinhandwerker, Vertreter von Angestellten und Beamten, alles dies findet sich in der Gemeinschaftsliste zusammen. Wird diese bunte Gesellschaft mit den verschiedenen Interessenvertretungen auch eine geschlossene Fraktion werden, oder wird sie sich in verschiedene Fraktionen teilen und auflösen? Das einzige Band, was sie zusammenhält, ist der grimmige Sozialstaatshaus und das Beitreten, die jetzt schon aus dem Leim gegangene bürgerliche Gesellschaftsordnung aufrechtzuhalten. Nach klaren politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen handeln diese Gruppen nicht, was die Arbeitsfähigkeit des Kollegiums von vornherein hindern wird. Kommen die Demokraten. Über sie herrscht völlige Klarheit, sie tragen den Namen Demokratie nur, weil er bei der Parteigründung angenommen worden ist. Von Demokratie, also von Volkherrschaft und Gleichberechtigung, ist bei ihnen keine Spur zu finden. Bis jetzt haben sie im Stadtparlament bei 90 von 100 Fällen mit den Reaktionären gestimmt, und so werden sie es wohl auch in Zukunft halten. Diesem geschlossenen Bürgerblock steht der sozialistische an Zahl gleiche gegenüber. So wird man in der Annahme nicht fehl gehen, daß das zukünftige Stadtparlament nicht arbeitsfähig sein wird. Welche Folgerungen sich daraus ergeben, wird die Einwohnerschaft sehr bald sehen. Aber auch so wird das Stadtparlament sowieso kein allzu langes Leben haben, denn sobald die neue Gemeindeverfassung im Landtag verabschiedet sein wird — das wird hoffentlich im kommenden Jahre bald der Fall sein —, dann sind Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen notwendig.

Indes, für die Leipziger Einwohnerschaft ist der Ausgang der gefürchteten Wahl sehr verhängnisvoll. Die von der sozialistischen Mehrheit begonnenen Reformarbeiten auf den verschiedenen Gebieten werden von der bürgerlichen Hälfte des Kollegiums nunmehr sabotiert, wenn nicht gar zu zerstören verucht werden. Indes wird es sich herausstellen, daß die Verhältnisse stärker sind als selbst die rücksichtigen Leipziger Spießbürgervertreter. Die Wohnungs- und Ernährungsfrage drängen mit Macht zur Lösung, die beschlaflose Bevölkerung hat in den letzten Wochen hinreichend Gelegenheit gehabt, täglich am eigenen Leibe zu spüren, welche Segnungen ihr die „freie“ Wirtschaft gebracht hat, wie sie dem Bucher ausgeschafft worden ist. Dasselbe gilt vom Wohnungsbau. Hier müßte mit besonderer Anstrengung gearbeitet werden, damit endlich einige Verbesserungen zu spüren wären. Aber bei der kommenden Zusammensetzung des Kollegiums wird es sich gerade hier zeigen, daß die Ansätze im städtischen Wohnungsbau aufgehoben werden und daß die Mieterschaft dem Bauspekulant- und Hausbesitzerkum ausgeliefert wird.

Der Wahlkampf, den besonders die Leute von der Mischmaschine getrieben haben, hat aber das eine Gute gebracht: er hat enttäuscht, was es mit den Deutschnationalen und den deutschen Volksparteiern als Parteien und mit den Innungen, Sportvereinen und ähnlichen Organisationen in Wirklichkeit auf sich hat. Die Deutschnationalen haben nur eine ganz schwache Organisation, sie mußten sich also Vereinigungen suchen, auf die sie sich stützen können. Dasselbe ist bei den deutschen Volksparteiern der Fall und so haben denn beide Parteien ihre ununterbrochenen Behauptungen Lügen gestraft, daß die Handwerkervereinigungen, Angestelltenverbände, Sportvereinigungen und ähnliche unpolitisch seien. Man wird in Zukunft, wenn die Deutschnationalen und Volkspartei im Stadtparlament wieder mit den unpolitischen Innungen und Sportvereinen treiben gehen, sie daran zu erinnern haben, daß diese Vereinigungen nicht unpolitisch, sondern die Schuttruppen und Schutz- und Stützorganisationen der Reaktion sind. Sie sind nun für alle Zeiten politisch abgestempelt, und kein nachträgliches Ableugnen wird daran etwas ändern.

Die Arbeiterschaft aber wird den Ausgang der Wahl so zu werten haben, daß sie der Kommunalpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet, daß sie ihre Organisationen besser als bisher ausbaut, daß sie die Wahlpropaganda nicht erst kurz vor der Wahl beginnt, daß sie den Lügen der Gegner nachdrücklich entgegtritt und so für genügende Aufklärung sorgt, ehe die kapitalistisch verlogene Presse imstande ist, mit ihrem Schwund die unwissenden Wähler in die Hände reaktionärer Parteien zu treiben. Die diesmalige Wahl ist nur der Auftakt zu den kommenden größeren Wahlen, besonders zur Reichstagswahl, und da ist die Mahnung doppelt beherzigenswert: Schön heute auf dem Posten zu sein, um den Gegner dann vernichtend schlagen zu können!

Der Parteitag des Versalls.

In Bremen haben sich zur Zeit die läufigen Trümmer der Demokratischen Partei zusammengefunden, um über das Wohl und Wehe der Demokratie in Deutschland zu beraten. Dem Parteitag sind scharfe Auseinandersetzungen in den einzelnen demokratischen Vereinen vorausgegangen. Insbesondere in Frankfurt a. M. haben die Demokraten scharf gegen die andauernde Schuftrapolitik ihrer Fraktionen im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen Stellung genommen. Man hat ein Mitzutrauvolum angenommen, das sich mit aller Schärfe gegen die Politik der Demokraten im Reichstag wendet. Inzwischen ist die Fahnenschlacht aus der Demokratischen Partei größer geworden. Einer der letzten aufrichtesten Führer der deutschen Demokratie, ein Kampfgenosse Theodor Barth, Dr. Nathan, hat seinen Austritt zur Sozialdemokratischen Partei erklärt. Nachdem die letzten aufrichtigen Elemente die Fahne der bürgerlichen Demokratie verlassen haben, bleibt nichts anderes zurück als einige Borsigmannische Gestalten vom Schlag der Goethein, Böhler und Co.

Die Geschichte der gesamten deutschen Demokratie ist ein unendliches Durcheinander von Irrungen und Wirtungen. In den Tagen vor der Revolution von 1848 zeigten sich die Demokraten noch einigermaßen manhaftes Gesichts. Sie kämpften neben den Mitgliedern der damaligen Arbeitervereine Schulter an Schulter gegen die Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. Aber schon nach den Märztagen zeigte sich nur allzu deutlich die Angst vor der eigenen Courage, als die Berliner Arbeiter drohend auf den Barricaden erschienen und ihre Interessen in den Vordergrund rückten.

Der linke Flügel der Aufrechten um Jakobi wurde immer kleiner und die Demokraten im Paulsparlament spielten jene läufige Rolle, die in zahllosen Spottversen festgehalten worden ist. Man redete und redete, fürchtete aber zu einer entsprechenden Tat zu schreiten. Die demokratischen Vertreter des deutschen Volkes wichen, wie auch jetzt noch, vor einem jeden entschiedenen Beschluss zurück, so daß die erste deutsche Reichsverfassungskampagne ein geradezu tragisches Ende nahm. Nicht anders war die Haltung der Demokraten in dem preußischen Verfassungskonflikt, als Bismarck begann, der übergroße Mehrheit des preußischen Landtags die Fähne zu zeigen. Die Demokraten wichen unter einem gewaltigen Schwund von Worten „heldenmäßig“ zurück, so daß Bismarck zuletzt gewonnenen Spiel hatte und den preußischen Landtag mit all den Förschittlern in seinem Schnappack stiebte. Die Haltung der deutschen Demokraten ist nicht anders geworden in der Ära der Schuhzollpolitik und nur in den Tagen der Revolution von 1918 vermochten sie noch einmal vorübergehend einen stärkeren

Aufschwung zu nehmen. Um die Fahne der Demokraten sammelte sich das Bürgertum, das glaubte, den Zeltverhältnissen entsprechend Rechnung tragen zu müssen.

Aber die Hoffnungen, die auf die Demokratische Partei gesetzt wurden, mußten notwendigerweise auslaufen werden, da der bürgerlichen Demokratie in Deutschland der wirtschaftliche Boden mehr und mehr entzogen ward. Die Kapitalien konzentrierten sich in den Banken, die Banken anderseits wurden mehr und mehr Alleinherrscher auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Sie durchdrangen die Industrie, brachten sie unter ihren entscheidenden Einfluß, bildeten Kartelle, Monopole und schufen so die Voraussetzung für den gewaltigen Industriefortschritt, die in den Tagen nach der Revolution erwachsen sind. Die Zusammensetzung gewaltiger industrieller Unternehmungen, das Einanderarbeiten derselben schafft mehr und mehr den Handel aus. Und wo der Handel noch eine Bedeutung behält, in dem Austausch der Waren der Fertigindustrie, dort waren die Banken bestrebt, durch die Form des Kredits die großen Kaufmannsfirmen unter ihren Einfluß zu bringen, so daß den eigentlich demokratischen Schichten Deutschlands durch die Entwicklung mehr und mehr jeder selbständige wirtschaftliche Boden entzogen ward. Darauf ist ihr Verfall zurückzuführen, nicht allein weil sie schlechte Politik machen, wandten sich ihre Wähler zu Hundertausenden von ihnen ab. Die hofflose Politik der Demokraten war vielmehr der Ausdruck dafür, daß ihnen jede Selbständigkeit im Wirtschaftsleben genommen ward und sie als selbständiger ökonomischer Faktor ausgeschaltet wurden. Die Politik einer Partei ist nichts andres als der Spiegel der wirtschaftlichen Stellung derjenigen Schichten des Volkes, die sie vertreten.

Der Verfall der Demokratie ist daher ein nur zu natürlicher Prozeß und es ist verständlich, wenn die letzten Trümmer der deutschen Demokratie sich hinlänglich verzweigt zu der Partei Stinnes, die heute durch die Übertragung der Banken und der Industrie führend ist in der Gestaltung der Politik der gesamten bestehenden Klassen. In Bremen will man sich über die Untersuchungsergebnisse der Demokratischen Partei eingehend auszutauschen. Der Parteitag aber wird auslaufen müssen wie das Hornberger Schießen. Auch die besten Reden werden nicht imstande sein, die wirtschaftlichen Tatsachen zu verrücken, die durch die Entwicklung zum Finanzkapital gegeben sind.

Das Leipziger demokratische Tageblatt schreibt, ein Parteitag könne eine Heerschau sein, ein Parlament oder ein Gerichtstag. Die Bremische Tagung der Demokraten wird keine Heerschau werden, sie kann nur der Abschluß eines läufigen Parlaments sein und könnte eventuell zum Gerichtstag werden. Wer aber soll der Ankläger sein gegen den osmanischen Anklagenden, dem in den Banken vereinigten Finanzkapital? Der Parteitag der Demokraten wird ein Parteitag des Verfalls sein und den letzten Mohikanern der deutschen Demokratie wird nichts andres übrigbleiben, als entweder den formellen Beschluss zu fassen, zur Stinnespartei überzutreten, oder aber das Ende der deutschen Demokratie auch nach außen hin zu proklamieren.

Vertrauensvolum für die demokratische Reichslandschaft.

Bremen, 18. November. Der deutsch-demokratische Parteitag genehmigte einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

Die Deutsch-demokratische Partei sei als eine ausgesprochene republikanische Partei gegründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Partiprogramms sei die Verwirklichung einer nationalen und sozialen Politik auf dem Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen deutschen Partieverhältnissen sei eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Ziels erreichbar. Die Partei spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.

Das ist Görlitz.

Der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Erich Kuttner untersucht in der neuesten Nummer der Glöde die Koalitionsbildung in Preußen im Hinblick auf den Görlitzer Beschuß zur Koalitionsfrage. Kuttner war ein Gegner des Görlitzer Beschlusses, wie er auch Gegner der zustande gekommenen Paarung zwischen Rechtssozialisten und der Stinnespartei ist. Nichtdestoweniger nimmt er die Mehrheit der Fraktion, die für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingetreten ist, in Schuß und nennt als Urquelle des unseligen Beschlusses der Preußen-Fraktion den Görlitzer Beschluß. Kuttner schreibt:

„Wer jetzt erklärt, daß er sich die praktische Auswirkung dieses Beschlusses anders vorgestellt habe, der beweist nur, daß er — trotz aller gegenständigen Beteuerungen — den Görlitzer Beschluß nicht richtig erkannt, zum mindesten der politischen Freiheitskraft erkannt hat, um seine Folgen vorauszusehen. Wenn von manchen, die durch die Willkürlichkeit nunmehr erledigt worden seien, gelagt werde, dieser Beschluß der preußischen Fraktion sei gar nicht Görlitz, so muß solchem erneuten Selbstbezirk die Wahrheit entgegenhalten werden: Gerade das ist Görlitz!“

Kuttner meint dann, anders hätte die „große Koalition“ gar nicht aussehen können, und er tut die Klagen namentlich gegen die von der Deutschen Volkspartei bestimmten Minister Boëllig (Kultus) und v. Richter (Finanzen) wie folgt ab:

„Man sagt jetzt in der Partei, wie die Deutsche Volkspartei zwei solche Reaktionäre ins Kabinett habe entenden können. Ja, so ist eben die Deutsche Volkspartei, so steht eben eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei praktisch aus! Man kann doch wohl nicht eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingehen, ohne volksparteiliche Minister ins Kabinett zu nehmen! Wenn das ginge, hätte wohl niemand etwas dagegen.“

Aber es brauchen doch nicht gleich solche Reaktionäre zu sein,“ hört ich einwenden. Bitte, wo sind denn die Wirth oder Preuß der Deutschen Volkspartei? Wer aus der Liste ihrer Preußenfraktion zwei uns genehme Minister auswählen sollte, der käme bald in die schandhafteste Verlegenheit. Vielleicht Herr Stendel als Justizminister, Herrn von Enner als Innensenminister, Herrn Dr. v. Campe als Kultusminister, Herrn Dr. Binskorn als Handelsminister? — Es ist alles die gleiche Nummer, Böhly und v. Richter sind durchaus keine Sondererscheinungen, sie sind nicht mehr und nicht weniger als typische Deutsche Volkspartei. Die Genossen, die so gerne mit dem Argument operieren: Wer Zentrum und Demokraten schlägt, der könne auch die Volkspartei schlagen — sie seien besonders auf diesen Punkt hingewiesen.“

Diese Kennzeichnung des Görlitzer Beschlusses wie auch der Deutschen Volkspartei ist vollständig aufstellend. Man kann vom Distelfrauch keine Freien ernennen und von einer Partei der Monarchisten und Großindustriellen, wie der Stinnespartei, darf man nicht erwarten, daß sie eine der Arbeiterschaft gerechte Politik treibt. Kuttner hat schon recht, man wird nicht zwei Stinnesparteier finden, die den Anpruch der Sozialisten genügen könnten. Sie sind alle arbeiterfeindlich und reaktionär bis auf die Knochen. Hoffentlich lebt sich die Erkenntnis Kuttners recht bald in allen Köpfen der rechtssozialistischen Arbeiter durch, damit diese ihre Führer zur Ablehnung der verhängnisvollen Koalitionspolitik zwingen.“

Dritte Internationale Arbeitskonferenz.

I.

In Ausführung der Bestimmungen des Teils XIII des Friedensvertrages wurde die Internationale Arbeitsorganisation geschaffen, deren Aufgabe es ist, eine einheitliche Gestaltung der Arbeitsgesetzgebung anzubauen und für den internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb möglichst gleichmäßige Voraussetzungen

zu schaffen. Die Arbeitsorganisation hält regelmäßige Konferenzen ab, um Fragen des Arbeitsrechts zu beraten und Vorschläge für den internationalen Arbeiterschutz aufzustellen.

Die dritte dieser Konferenzen begann am 25. Oktober d. J. in Genf, kurz nachdem in derselben Stadt die Vollversammlung des Völkerbundes getagt hatte. Die erste Verhandlungswocche wurde ganz von der Erörterung darüber in Anspruch genommen, ob die Internationale Arbeitsorganisation zuständig sei, Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeit zu verhandeln und — wenn ja — ob es in Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse angebracht ist, in die Beratung von internationalen Vereinbarungen über den ländlichen Arbeiterschutz einzutreten. Aus der vorläufigen Tagesordnung der Konferenz standen u. a. folgende Gegenstände: Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft; landwirtschaftliche Arbeitslosenfürsorge, Schutz der Frauen und Kinder in der Landwirtschaft; Vereinigungsgesetz der Landarbeiter, deren Wohnungswesen und deren Schutz gegen Unfälle, Krankheit und Invalidität.

Die französische Regierung hatte ursprünglich die Absehung dieser Punkte von der Tagesordnung beantragt, und zwar mit der Begründung, daß die Konferenz — gemäß dem Friedensvertrag — zu ihrer Behandlung nicht zuständig sei. Als dieser Standpunkt sich als unhaltbar erwiesen hatte, wurde von seltsamer französischer Regierung die Frage der Opportunität des ländlichen Arbeiterschutzes aufgeworfen, und die Konferenz hatte über die Beibehaltung jedes einzelnen der oben erwähnten Punkte der Tagesordnung zu entscheiden.

Im Laufe der Debatte sprachen sich zahlreiche Regierungs- und Unternehmensvertreter in Sinne der Ausschüsse der französischen Regierung aus, während die Arbeitersvertreter ohne Ausnahme dafür waren, die landwirtschaftlichen Angelegenheiten auf der Konferenz zu behandeln; in demselben Sinne traten aber auch die Vertreter einer Anzahl von Regierungen auf, z. B. jene Großbritanniens, Deutschlands und Österreichs. Der deutsche Regierungsvertreter verteidigte den Standpunkt, daß die Beschlüsse der Washingtoner Arbeitskonferenz über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben allerdings nicht ohne weiteres auf die Landwirtschaft anwendbar sind, doch sei es möglich, daß diese Beschlüsse den Verhältnissen der Landwirtschaft der einzelnen Länder angepaßt werden. Das beweist schon die Tatsache, daß in verschiedenen Staaten solche Maßnahmen, wie sie in der Konferenz vorgeschlagen werden, bereits durchgeführt sind, und zwar auch gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Vor zwei oder drei Jahren hat Deutschland das getan und gute Erfahrungen damit gemacht. Solange eine groÙe Berufsschule von Arbeitern, wie es die Landarbeiter sind, unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten und unter Bedingungen, die schlechter sind als diejenigen der übrigen Arbeiter, ist der soziale Frieden in der Landwirtschaft schwer bedroht. Der soziale Frieden unter den Arbeitern auf dem Lande wird dauernd gestört, und das bedeutet eine große Gefahr für die Produktion. Diese Gefahr muß befechtigt werden, denn die landwirtschaftliche Produktion vieler Länder muß sehr gefeiert werden, um der Welt genügende und billige Nahrungsmittel zu geben.

Viel Einfluß machte eine Rede des französischen Arbeitersvertreters Jouhoux, der sich in begleiteten Worten zugunsten des internationalen Landarbeiterchutes einsetzte und auch darauf hinwies, daß lediglich gewisse Erwägungen politischer Art die französische Regierung zu ihrer ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem Versuch der Verwirklichung eines solchen Schutzes veranlaßten.

Für die Verhandlung der Frage betreffend die internationale Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmen der Konferenzdelegierten nicht erreicht; es stimmten 63 Delegierte dafür, die Anlegenseiten auf der Tagesordnung stehen zu lassen, während 30 Stimmen dagegen abgegeben wurden. Mit knapper Not hatte also die französische Regierung in diesem Punkte ihr Ziel erreichen können; hauptsächlich dank der Unterstützung, die sie auf leiser außerordentlicher und wirtschaftlich unbedeutender Staaten: Europa, Spanien, Brasilien, China, Griechenland, Japan, die Schweiz und Belgien (die sogenannten drei Staaten mit je drei von vier Delegiertenstimmen). In Erwidung des Abstimmungsergebnisses, das tatsächlich einen Erfolg der Befürworter der Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit bedeutet, folglos die Gruppe der Arbeitersvertreter, der Konferenz einen Antrag zu überreichen, der den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auffordert, die Frage der Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft wieder auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeiterschuttkonferenz zu stellen.

Am Sonntag, dem 29. Oktober, gab es noch eine ausgiebige Erörterung darüber, ob andre Fragen des Landarbeiterchutes (abgesehen von der Arbeitszeit) auf der Tagesordnung der neuwählten Konferenz stehen bleiben sollen. Zwei Abstimmungen ergaben 90 und 98 Stimmen für und nur 17 bzw. 19 Stimmen gegen die Belassung der weiteren landwirtschaftlichen Fragen auf der Tagesordnung. Damit war der Weg gebahnt, um in tatsächlich Verhandlungen einzutreten zu können, die ganz zuverlässig einige gute positive Erfolge zeitigen werden.

Pazifisten und Amsterdamer Internationale.

Zu der Abrüstungskonferenz, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nahmen die deutschen pazifistischen Organisationen nach einer uns von ihnen zugegangenen Fazit wie folgt Stellung:

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands begrüßen mit großer Genugtuung die Absicht der Gewerkschaftsinternationale, in einer Konferenz mit den internationalen Transport-, Berg- und Metallarbeiterverbänden die Abrüstung zu beraten. Sie fordern die Konferenz auf, neben der Vorbereitung der eigenen Aktionen der Arbeiterschaft in der öffentlichen Meinung ihrer Länder und besonders bei ihren Regierungen sich für die Durchführung der Beschlüsse der zweiten Völkerbundtagung einzutragen. Sie weisen dabei darauf hin, daß nach der Abrüstung Deutschlands die Beurteilung einer deutschen Persönlichkeit des politischen, gewerkschaftlichen oder wirtschaftlichen in einer Abrüstungskommission gezeigt ist, die Arbeit dieses Ausschusses zu fördern, der die Abrüstungspläne auszuarbeiten hat. Zugleich sollte die Konferenz für die Umwandlung der alliierten Militärförderungen in den besiegten Ländern in Ausschüsse des Völkerbundes tätig sein und für die Ausdehnung des dem Völkerbund gegenüber diesen Ländern zustehenden Rechts zu untersuchen. militärischer Art auf alle Völkerbundmitglieder. Die deutschen Friedensverbände erinnern zugleich daran, daß das wirtschaftliche Argument der Gegner einer europäischen Landabrüstung das Fehlen Deutschlands und Russlands im Völkerbund ist und erläutern daher die Konferenz, überall auf die Arbeiterschaft im Sinne der Universalität des Völkerbundes einzutragen.

Deutsche Liga für Völkerbund — Deutsche Friedensgesellschaft — Bund Neues Vaterland — Bund der Kriegsgegniger — Weltjugendliga (Verband Deutschland) — Friedensbund der Kriegsteilnehmer — Bund religiöser Sozialisten — Deutscher pazifistischer Studentenbund.

Die neue Erhöhung der Postgebühren.

Halbamjatisch wird mitgeteilt: Wie früher berichtet wurde, hat das Reichspostministerium Mitte Oktober mit dem Verkehrsbeirat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren verhandelt. Dabei wurde über Post- und Telegraphengebühren Einverständnis erzielt. Die Erhöhung der Fernsprechgebühren hielt der Verkehrsbeirat für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensäusen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Befohlungserhöhung eingetreten, die mit der Lohnerhöhung und der Steigerung der Materialpreise einen neuen Jahresfestsatz von 3% Millarden M. hervorruft. Die Reichsregierung konnte es angemessen dieser Sachlage bei den us-

springlich geplanten Gebührensätze, bei deren Einführung schon 1% Wissenden Mt. ungedeckt geblieben wären, nicht bewenden lassen zu erhöhen. Demzufolge ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhältnisses 1:10 ein solches von 1:15 zugrundegelegt worden. Diese Gebührenrechnung wird indessen nicht bei allen Gebührenarten streng durchgeführt; zum Teil ist wie beim Paketverkehr eine mäßiger Steigerung vorgelebt.

Die neue Vorlage, die jetzt dem Reichsrat zugegangen ist, sieht folgende Gebührensätze vor:

Im Paketverkehr: Postkarten 60 Pf., Briefe bis zu 20 Gramm 1 Mt., Briefe bis zu 250 Gramm 1.50 Mt.

Im Fernverkehr: Postkarten 1 Mt., Briefe bis zu 20 Gramm 1.50 Mt., bis 100 Gramm 2.25 Mt., bis 250 Gramm 3 Mt.

Drucksachen: Bis 50, 100 oder 250 Gramm 40 Pf., 75 Pf., 1.50 Mt.

Die Klapptäschchen kosten 4 Mt.

Postanweisungen bis 100 Mt. erhöht auf 1.50 Mt. usw.

Natürlich werden auch die Paketgebühren entsprechend erhöht.

Die Erhöhung der Fernsprechgebühren soll 80 Prozent betragen. Die neue Vorlage, die jetzt dem Reichsrat vorliegt, nach auch die Genehmigung des Reichstags erhalten. Die neuen Tätze werden spätestens am 1. Januar in Kraft treten.

Wie für die Invaliden gesorgt wird.

up. Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurden am Donnerstag die entscheidenden Abstimmungen über das Notgesetz zur Unterstützung der Invaliden vorgenommen. Alle entscheidenden Entschlüsse unserer Genossen wurden abgelehnt. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Nur „bedürftige“ Invaliden werden unterstützt. Die Höhe des Existenzminimums, bis zu welchem die Unterstützung gegeben wird, beträgt für Invaliden 1000 Mt., für Witwen 2100 Mt. und für Waisen 1200 Mt. pro Jahr. Für jedes Kind von Invaliden erhöht sich die Summe um 150 Mt. jährlich. Arbeitsverdienst bis zu 2000 Mt. jährlich bleibt außer Acht. Bezüge aus öffentlichen Kosten werden nur insoweit angerechnet, als sie 800 Mt. jährlich überschreiten. Die erforderlichen Mittel sind mit 10 Prozent von den Gemeinden und mit 90 Prozent vom Reich zu tragen. Die Invaliden sind zunächst bei der Durchführung dieses Gesetzes von den Gemeinden heranzuziehen.

Unsere Genossen hatten u. a. beantragt, dass allen Rentenempfängern Unterstützung gegeben werden sollte. Nachdem dieser Antrag abgelehnt war, verlangten sie, dass 1800 Mt. Jahresarbeitsverdienst freibleiben, 800 Mt. monatlich bei Bezug aus öffentlichen Mitteln nicht angerechnet werden, die Unterstützung für Invaliden auf 300 Mt., für Witwen auf 250 Mt., für Waisen und Kinder der Invaliden auf 150 Mt. erhöht werden sollen. Die Kosten sollte das Reich in vollem Umfang tragen.

Trotz eindringlicher Aufführungen des Genossen Karsten schied die Ausschussmehrheit diese minimalen Forderungen ab.

Beratungen der Arbeitsminister.

Berlin, 12. November. (WTB.) Gestern hat im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Arbeits- und Sozialministern der Länder unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, begonnen. Mit einer Ausnahme waren die sämtlichen zuständigen Ministerien der Länder vertreten. Erster Gegenstand der Beratung war die Beschaffung von Arbeit für Erwerbslose und Erwerbsbeschränkte für den Fall, dass die heutige äußerst günstige Lage des Arbeitsmarktes wieder einer krassen Entwicklung Platz machen sollte. Ferner wurde eingehend über die Finanzierung des Wohnungsbaus im Jahre 1922 verhandelt. Die Besprechung wurde heute fortgesetzt. Einneinander erörtert wurde die Frage einer Verbindung der Sozialversicherung mit einer sozialen Fürsorge unter Hinweis auf den Stand der Angelegenheit in den anderen Kulturländern. Sodann wurden Mitteilungen über eine Reihe von sonstigen wichtigen Fragen aus dem Geschäftsbereich der Arbeits- und Sozialministerien erstattet. Eine weitere Besprechung ist für das Frühjahr 1922 in Aussicht genommen.

Es wäre dringend zu wünschen, dass der Deutschenheit etwa mehr über die Verhandlungen mitgeteilt wird, als in denen nichts sagenden Bericht enthalten ist. Angesichts der Offenheit des Unternehmertums hat die Arbeiterschaft das allergrößte Interesse daran zu erfahren, wie im Zeichen des Stilnuskurses der Ausbau der sozialen Gesetzgebung vor sich gehen soll.

Reichsfürsorgekonferenz.

Angesichts der unangenehmen, unerträglichen Not der Arbeits- und Blößinvaliden, Witwen und Welsen und der Notwendigkeit des dringenden Ausbaues der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge, sowie Förderung der Erwerbsbeschaffung der Invaliden, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte ist zum 20. und 21. November, vormittags 9 Uhr, eine Reichsfürsorgekonferenz im früheren Herrenhaus, Berlin W. Leipziger Str. 3, einberufen. Verschiedene Referate sind vorgelebt. Eingesaden sind die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, Provinzen, Städte, Gemeinden, Reichs- und Landesparlamente, Arbeits-, Wohlfahrts- und Fürsorgämter, Berufs- und Kriegsbeschädigten-Organisationen, Invalidenversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Arbeiter- und Privaten-Fürsorge. Eine größere Anzahl Anmeldungen von Vertretern der Behörden und Organisationen liegen bereits vor. Anmeldungen sind zu richten unter „Reichsfürsorgekonferenz“ an den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, Berlin W. 8, Jägerstraße 11.

Die Quälereien der politischen Gefangenen in Bayern.

München, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Landtagsabgeordneter Genosse Ritsch hat eine Denkschrift über den Strafzollzug in den bayerischen Festungshaushäusern fertiggestellt. Da Ritsch selbst zwei Jahre Festungshaus in Bayern verbracht hat, wird der Dementierapparat das einwandfreie Material, das von Ritsch verarbeitet ist, nicht, wie es bei bisherigen Veröffentlichungen über das bayerische Festungswesen der Fall gewesen ist, durch Lügenmeldungen entkräften können. In der Denkschrift sind eine große Zahl von Einzelfällen von Quälereien und Drangsalierungen gegen politische Gefangene angeführt. Alles, was bisher in der Presse über die Zustände in der Festung Niederschönfeld veröffentlicht worden war, findet seine Bestätigung in dieser Denkschrift. Zum Teil sind die Verhältnisse in Niederschönfeld noch viel schlimmer, als sie in den Presseveröffentlichungen bisher dargestellt wurden.

Das Zentrum fordert Autonomie für Oberschlesien.

Gliwitz, 14. November. (TU.) Nach längeren Beratungen hat das oberschlesische Zentrum seine Stellung zur Autonomiefrage festgelegt. Der Gesamtvorstand des oberschlesischen Zentrums hat in einer Versammlung in Gliwitz beschlossen, für die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie in den deutsch verbliebenen Bezirken einzutreten und in diesem Sinne an die Abgeordneten in den Parlamenten zu berichten. Die anderen Parteien, insbesondere die Demokraten und die Sozialdemokraten, haben zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen.

Die Grenzfestlegungskommission in Tätigkeit.

Kattowitz, 12. November. Die Mitglieder der Grenzfestlegungskommission sind gestern hier eingetroffen und haben ihre

Rebellen zur Festsetzung der Grenze im Industriebezirk heute aufgenommen.

Die Begründung des Einreiseverbots für Dewald.

Neben den Gründen, die die Interalliierte Kommission bestimmten, demstellbretenden deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär Dr. Dewald, und dem preußischen Generalbevollmächtigten, Unterstaatssekretär Dr. Göppert, die Einreisegenehmigung nach Oberschlesien zu verweigern, gibt ein Schreiben des englischen Botschafters an die Reichsregierung näheren Aufschluss, das, wie die Dena erfuhr, folgenden Wortlaut hat:

„Die Interalliierte Plebiszitkommission in Oppeln hat ersehen, dass die deutsche und die polnische Regierung beabsichtigen, Delegierte in das Abstimmungsgebiet zu entsenden, um als Vorbereitung für die wirtschaftlichen Verhandlungen Erlaubnisse anzufesten. Die Interalliierte Kommission ist einstimig der Ansicht, dass derartige Untersuchungen im gegenwärtigen Augenblick in Oberschlesien durch Delegierte beider interessierten Mächte im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit unangenehmen Folgen verbunden sein würden.“

Die Interalliierte Kommission schlägt deshalb vor, die Verhandlungen in deutschen oder polnischen Städten stattfinden zu lassen, die in der Nähe des Abstimmungsgebietes liegen. Dort können die Regierungen von Berlin und Warschau solche Persönlichkeiten aus Oberschlesien berufen, die sie zu befragen wünschen.“

Direkte Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich?

Wien, 11. November. (DA) Wie Wiener Blätter von gutunterrichteter Entente Seite erfahren, ist die burgenländische Frage insofern in ein neues Stadium getreten, als sich die ungarische Regierung bereit erklärt hätte, in direkte Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zu treten, um mit ihr die Einzelheiten der Volksabstimmung in Oedenburg zu beraten. Die neue Lösung der burgenländischen Frage lassen, den Blättern zufolge, eine rasche Beendigung dieser Angelegenheit erwarten, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Abstimmung in Oedenburg einen ehrenhaften Charakter habe und die Rechte Österreichs unverkürzt bleibend werden. Wenn die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung zu einem die österreichische Regierung befriedigenden Resultat führen sollten, wird das Benediktiner Abkommen der österreichischen Nationalversammlung zur Ratifizierung unterbreitet werden, womit dem Wunsche der Botschafterkonferenz in Paris entsprochen würde. Es steht aber fest, dass eine parlamentarische Erledigung des Benediktiner Abkommen im österreichischen Parlament nur unter der Voraussetzung möglich sei, dass ein Übereinkommen wegen der österreichischen Krise in der Abstimmungsfrage mit der ungarischen Regierung erzielt wird.

Nach einer weiteren Meldung aus Wien soll die Abstimmung in Oedenburg bereits am 20. November stattfinden.

Endgültige Absehung der Habsburger.

London, 12. November. Neuter meldet, Ungarn verzichtet sich in Form einer feierlichen Fasung an die Mächte, die Dynastie Habsburg für immer von der ungarischen Thronfolge auszuschließen. Die Alliierten sind der Ansicht, dass eine in dieser Form übernommene Verpflichtung durchaus bestreitigend sei. Die Kleine Entente ist benachrichtigt worden, dass der Zwischenfall beendet sei.

Budapest, 12. November. (TU) Die ungarische Regierung hat der Nationalversammlung zwei Gesetzentwürfe zugehen lassen, gemäß denen die Propaganda in der Königsstraße, insbesondere die Agitation zugunsten des Kandidaten, der nicht mit Zustimmung der Botschafterkonferenz aufgestellt ist, unterlagt wird.

Die Besetzung des Burgenlandes durch Österreich.

Wien, 13. November. Das Bundesheer begann heute mit der Besetzung des Burgenlandes ausschließlich des Oedenburger Abstimmungsgebietes. Da die im Friedensvertrag von St. Germain festgelegte Stärke und Ausbildung des Heeres zu einem gleichzeitigen Einmarsch in das ganze zu übernehmende Gebiet nicht ausreicht, erfolgt die Besetzung abschnittsweise. Demgemäß besetzen die Buntestruppen, von der Bevölkerung aller Orte freundig begrüßt, heute im Nordteil Eisenstadt, Neusiedl, Parndorf und Neudorf.

Die Lage im ukrainischen Auslandsgebiet.

Lemberg, 12. November. (OE) Auf Grund der umfassenden Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung schreitet in Podolen die Unterdrückung der Außenseitbewegung fort; inzwischen greift die Bewegung jedoch auf das Kiewer und Chersoner Gebiet über. Im gesamten Auslandsgebiet rechts des Dnepr haben die Außenseiter, die anfangs in größeren Gruppen vorgingen, ihre alte Taktik befolgend, sich vielfach in kleine Abteilungen aufgelöst und sich über das ganze Gebiet zerstreut. Kameneh-Podolsk, das während der letzten Kämpfe dreimal im Begriff der Außenseiter gewesen und zum Sitz der ukrainischen Nationalregierung proklamiert worden war, befindet sich wieder in der Gewalt der roten Truppen. Die Sowjetbehörden haben ihre Tätigkeit in der Stadt aufgenommen, amtierten jedoch vorläufig noch in Eisenbahnwagen. Die direkte Eisenbahnverbindung mit der Stadt Winniza ist wiederhergestellt, wo sich das Stabsquartier des in Podolen operierenden Roten Kavallerielorps befindet. In den von der Sowjetarmee wiederbefreiten Ortschaften werden ukrainische Bergungsmahrgeln durchgeführt. Alle größeren Städte in der westlichen Ukraine haben verstärkte rote Garnisonen erhalten; auch hat die Sowjetregierung die Mobilisation der Jahrgänge 1901 und 1902 angeordnet. Die eingetretene Wegelosigkeit erschwert die militärischen Operationen.

Im Gegenzug zu dieser Darstellung steht ein Bericht, den Telegraphen-Urgon verbreitet. Die TU-Meldung, nach der der Aufstand weiter größerem Umfang annimmt, lautet:

Lemberg, 14. November. (TU) Als das Ziel der Außenseitbewegung, sich vielfach in kleine Abteilungen aufgelöst und sich über die Bewegung in der Ukraine stellt sich Kiew heraus. Der Mittelpunkt des Außenseitens liegt heute zwischen Czerkiesz und Kiew. Die anfängliche Verbesserung steht der Bewegung sympathisch gegenüber, ohne sie jedoch direkt zu unterstützen. Auf diesem Territorium befinden sich ungefähr vierzig Umanen und unter diesen eine ganze Anzahl Petljura-Offiziere. Zahlreiche bolschewistische Abteilungen gehen, zum größten Teile mit voller Ausrüstung, zu den Außenseitern über. Uns allen von jenseits der Grenze einlaufenden Meldungen geht hervor, dass die Außenseitbewegung sich erst im Monat Mai mit größeren Schlägen gerechnet werden kann.

Auflagen Radels gegen Polen.

Moskau, 11. November. (OE) Radels behauptet in der Moskauer Pravda, im Besitz von Beweisstücken zu sein, die die polnischen Behörden sich an der Organisation der ukrainischen Außenseite beteiligt hätten. Der ukrainische Außenseitler Tschutnik sei Ende Oktober in Lemberg gewesen, um mit den dortigen ukrainischen Organisationen Führung zu nehmen. In den Kämpfen vom 2. November seien Gefangene und Kriegsmaterial in die Hände der Sowjettruppen gefallen, welche zur 4. polnischen Division gehören. Die Gruppe des Umaners Palij sei vernichtet und er selbst

Ölauen und das Memelland.

Berlin, 12. November. Bei der Beantwortung auf die Interpellation der litauischen sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Memellandsfrage, erklärte der litauische Außenminister, die Regierung unternehme alle Schritte, um die Angleichung des Memellandes an Litauen zu beschleunigen. Ölauen gewähre dem Gebiet volle ökonomische und kulturelle Autonomie. Sämtliche Abgeordneten sollen der Regierungspolitik über das Memelgebiet zu stimmen haben.

Polnische Wahlkassen.

Berlin, 12. November. In der nächsten Zeit sollten auch in der weipreußischen Stadt Dirschau Stadtverordnetenwahlen nächstes Jahr stattfinden, zu denen die Deutschen eine eigene Liste aufgestellt hatten. Im ganzen wurden 14 deutsche Kandidaten aufgestellt. Die Polnische Zeitung teilt nun mit, dass sämtliche Listen von den polnischen Behörden zweimal geprüft und beanstanden werden sollen und die Wahlkommission später einfach die deutsche Liste gestrichen und erklärt habe, dass die ersten 30 Abgeordneten der polnischen Liste als gewählt zu gelten hätten.

Das Abkommen von Angora.

Paris, 12. November. Der Kammerausschuss für Auwärtige Angelegenheiten befasste sich noch einmal mit dem Abkommen von Angora. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes betonte, das Abkommen sei kein Vertrag, es müsse sonst von dem Parlament ratifiziert werden, sondern eine Abmachung, durch die der Kriegsaufstand an einer gemeinsamen Grenze beendet werden sollte. Keine geheimen Bestimmungen seien darin enthalten.

London, 12. November. Eine Reuter-Note besagt, England erwarte die Antwort auf die Deutschrif betreffend den Vertrag von Angora, um genau zu erfahren, welche Aussichten auf eine gemeinsame Aktion zur Beendigung des türkisch-griechischen Krieges bestehen. Zu diesem Zweck sei es wesentlich zu wissen, ob die Bestimmungen des Abkommens von London noch in Kraft seien.

Abstauen des Generalstreiks in Rom?

Rom, 12. November. (WTB) Obwohl der Streik noch andauert, sind hier mehrere Eisenbahnzüge eingetroffen und von hier abgegangen. Fast sämtliche Löden sind geöffnet. Das Aussehen der Stadt ist fast normal. In einigen Stadtvierteln kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Faschisten. Beim Ministerpräsidenten haben Beratungen stattgefunden, wobei Maßnahmen zur beschleunigten Herstellung des Endes des Streiks besprochen wurden. — Nach den letzten amtlichen Meldungen sind bei den Zusammenstößen am 9. und 10. November vier Personen getötet, 13 mehr oder weniger schwere sowie eine Unzahl von Verletzten leicht verletzt worden, darunter 9 Polizeibeamte. Gestern Abend und heute früh sind die Zeitungen erschienen.

Blutige Kämpfe in Syrien.

General Gouraud, der Oberbefehlshaber der französischen Orientarmee, berichtet über blutige Kämpfe, die Ende Oktober in Syrien zwischen den Beduinen und französischen Truppen stattfanden. Die Eingeorenen überschritten den Euphrat um den strategischen Punkt Deir-As-Sor zu beseizen. Die französischen Garnison konnte sich so lange verteidigen, bis eine Hilfskolonne aus Aleppo heranreiste und in blutigen Kämpfen die Beduinen zum Rückzug zwang. Die Verluste der Franzosen betrugen nach offiziellen Angaben 37 Tote und 100 Verwundete.

Abberufung Zeligowskis aus Wilna.

Am 11. Dezember beginnen im Wilna gebiet die Wahlen zur Nationalversammlung, die gegen den Willen des Bölkerverbands von der Zeligowski-Regierung einberufen werden, um über die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes zu entscheiden. Die Abberufung des Generals Zeligowski aus Wilna soll in Warschau beschlossen sein und wird noch vor Beginn der Wahlen erfolgen. An die Stelle Simon Menslowicz treten, der aus dem Wilnabezirk stammt und vor der Revolution Mitglied des russischen Staatsrates gewesen ist.

Ein englischer Flottenstützpunkt an der Donau-mündung.

Jassy, 12. November. (DA) Die in Jassy erscheinende Zeitung Opinia berichtet, dass die Engländer in kurzem eine Flottillebas zu Galatz errichten werden, um die Donau-mündung, die internationalisiert wird, zu kontrollieren. Ein englischer Admiral sei zu diesem Zweck in Galatz angelkommen.

Der Stand der Waluta.

Amtliche Mittagskurse

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	11. 11. 21	12. 11. 21
1 amerikanischer Dollar	4.12	287.21	281.71
1 englisches Pfund Sterling	20.43	1133.85	1108.35
100 holländische Gulden	169.00	9900.—	9790.20
100 schwedische Kronen	112.50	6593.80	4815.50
100 Schweizer Franken	51.00	5384.00	5254.70
100 französische Francen			

Der verkürzte Wallenstein.

(Zur Neuinszenierung im Alten Theater.)

Kürzungen undkürzende Bearbeitungen von großen dramatischen Dichterwerken haben stets ein Mögliche, so unumgänglich wie meist für die Bühnenausführung auch sind. Die Aufnahmefähigkeit des Theaterbesuchers ist begrenzt — der Stoff der großen Dichtung aber nur zu oft schier unbegreiflich. Schiller hat in der Arbeit am Wallenstein so aufgestöhnt über die Masse des Stoffes, den er gestalten und handigen sollte und der ihn zu erdrücken drohte. „Es ist ein Meer auszutrinken und ich sehe manchmal das Ende nicht“, schrieb er an seinen Freund Körner. So mußte er schließlich den gewaltigen Stoff in drei Stücke zerlegen, die doch erst zusammengekommen ein Ganzes bilden. Das ist für den Theaterleiter eine harte Nuß — in unserer schnellebigen Zeit ist die Verteilung eines Werkes auf drei oder zwei Abende töricht; dem Publikum von heute fehlt die Geduld und Sammlung zu so anspruchsvollem Erlebnis. Der Kapitalismus hat die Menschheit in die Heißigkeit des Erwerbs gespannt. Bourgeoisie wie Proletariat und Mittelschichten sind ihrem Tempo untertan, und ihr entspricht die Heißigkeit des Genusses. Wir haben alle keine Zeit mehr — wie wir nicht mehr die langen, liebvolv eingehenden Briefe der Generation Schillers und Goethes schreiben können, so können wir uns auch nicht mehr wie sie im Genießen Zeit lassen, fällt es uns schwer, mehrere Abende hintereinander für ein Kunstwerk aufzuwenden — von dem Gespülpunkt nicht zu reden, der freischließt gerade für die im Theaterleben noch immer ausschlaggebende Klasse, für die Bourgeoisie keine Rolle spielt. Aber diese Klasse ist gerade die, der das Tempo des Lebens nicht schnell genug sein kann, die den Rhythmus der wilden Profitjagd, das Rasen des Autorennens auf aller anderen Gebiete zu übertragen drängt. Ohne Rücksicht, ob dabei Kulturwerke überfahren werden.

Vor zwei Jahren sahen wir im Schauspielhaus ein Attentat auf Goethe — Dr. Mederow hatte den Geist der Zeit erfaßt und in der Art jener Bücher, die für Leute geschrieben werden, die schnell den Schein der Bildung erwerben möchten (Weltgeschichte in einer Stunde), beide Teile des Faust für einen Theaterabend zusammengefaßt, richtig verstimmt. Das Experiment war so unverzweiglich, daß es gescheitert ist. Die Wallensteinverkürzung, die wir im Alten Theater erleben, soll mit ihm nicht in Parallele gesetzen werden. Der Faust ist eine Dichtung, die Ausnahmerang einnimmt. Ein Werk, worin nichts überflüssig, ja kaum etwas nebensächlich ist, so daß man selbst mit Schmerz jene Streichungen vermeidet, die nun einmal notwendig sind, um dies Menschheitsgedicht bühnensfähig zu machen. Schillers Wallenstein sieht als Kunstwerk sehr hoch, hebt sich stolz heraus aus seiner gewaltigen Lebensarbeit — aber selbst der begeisterte Schillervereher wird nicht behaupten können, daß an ihm alles gleichwertig ist. Goethes Faustwerke wirken auf uns heutige noch mit unverminderter Frische — sie sind herzlich wie am ersten Tag. An Schillers grohem Werk stoßen wir schon auf Stellen, die uns nicht mehr recht zu paden vermögen, ja die uns hören. Wenn Thello ihre ergreifende Klage um den toten Geliebten mit den pathetischen Worten schließt: „Das ist das Los des Schönen auf der Erde“, so können wir uns im innersten Herzen eines kleinen unbehaglichen Gesühls nicht erweichen — dieses Schillerische Pathos liegt uns nicht mehr. Es klingt uns nicht echt; die Schillerische Theatersprache, dieses Kind seiner Zeit, ist uns in gewissem Maße schon altästhetisch geworden, ähnlich wie in noch stärkerem Grade die Shakespeares. Deshalb kann eine Bearbeitung, die das Bleibende, den gewaltigen dramatischen Kern, an Schillers Schöpfung erhält und nur das zeitlich Bedingte und deshalb für uns Veraltete streicht, eine Neubelebung sein.

Kronachers Bearbeitung kommt diesem Ziele nahe — seine sehr radikalen Streichungen, die nötig waren, um alle drei Teile in eine Aufführung zu zwängen, sind verständnisvoll erwogen und sichtlich von dem Bemühen geleitet, nichts Wesentliches zu beschädigen. Doch in einem Punkte tun sie es doch — der Charakter Wallsteins erscheint in dieser Verkürzung anders als im vollständigen Werk Schillers. Dort sehen wir inneren Kampf in der Seele des Helden, moralische Unwandlungen, die er vor dem Tode zu überwinden sucht. Man mag das für eine Schwäche der Schillerischen Darstellung halten; der entschlossene Empörer, die durch keine Skrupel moralischer Art gebundene Herrschnatur, die sich eigenes Recht zu zimmern unterwindet, wie wir sie bei Kronacher sehen, mag der historischen Wahrheit näher stehen. Und Schillers Zeichnung oder Verzeichnung ist eine Konzeßion an den Geist seiner Zeit. Dennoch — hier ist etwas Wesentliches, das man nicht streichen darf, wie das üppige Rankenwerk der Schillerischen Rhetorik. Der Bearbeiter darf Schiller um Unwesentliches klären, doch nicht verbessern wollen — hier endet sein Recht. — Anderes muß man als Unvollkommenheit, das jedem Kompromißwerk anhaftet, hinnehmen. Dass die Geschlossenheit, das edle Maß des Originals, der goldene Schnitt der Teile gestört wird, das ist nicht zu vermeiden und wird aufgewogen durch die Einheit des Eindrucks; die geschlossene Aufeinanderfolge der Teile macht die Wirkung des Ganzen tiefer, als sie bei der Zerreißung auf zwei oder drei Abende sein kann. — Manches hat sonst noch fallen müssen, das ich sehr ungern vermisste. (So z. B. die für die Handlung bedeutsame Szene, da Buttler die Mörder wirkt; weil sie einen tiefen Eindruck in die Seele der Soldatenkunst lädt, die den Heldherrn vergöttert und ihn doch umbringt.) Während andres stehen geblieben ist, das ich gern entbehrt hätte, wie eben jener obenwähnte Vers aus Thellas Mund. Aber über solche Einzelheiten wird immer Streit sein. Will man Kronachers Arbeit gerecht beurteilen, so muß man aufs Ganze sehen. Dann wird man, bis auf das oben ausgesprochene grundähnliche Bedenken, erkennen, daß bei diesem Kompromiß mehr gewonnen als verloren wird. Der Fehler aber ist nicht irreparabel. Er kann befehligt werden, ohne das Werk wieder über den Rahmen einer Aufführung zu verbreitern.

Die Szene hat Kronacher hund und lebendig zu gestalten gewußt. Bei der Kapuzinerpredigt war der Chor der Zwischenbüller fast schon etwas zu lebendig. Aber prachtvoll war das solistische Bild, das in flieger Berechnung stufenförmig aufgebaut wurde. Dafür nimmt man dann schon die graue Zeltplane, die die Stufen bedeckt, aber nur sehr unvollkommen den Eindruck festgezeichneten Lagerboden zu erwerben vermochte, in Kauf. Sehr sparsam, aber sehr abgewogen, sind die Bühnenbilder in den anderen Teilen, malerisch gestellt die Gruppen der Handelnden. Als Ganzes ist auch die Aufführung an sich zu loben. Wenn man das nur auch von dem Darsteller der Hauptrolle sagen könnte. Aber hier läßt leider ein böses Mano. Was hat Herr Körner nur zu dem unglücklichen Gedanken verführt, den Wallenstein einen ganzen Abend lang fast durchweg so leise zu sprechen, daß es selbst dem Kenner des Stücks schwer fiel, aus den Bruchstücken der Rede, die er vernahm, sich das Ganze aufzubauen. Schließlich loll es doch nicht Ausgabe des Höfers sein, Silberzettel zu lösen — er hat Anpruch auf Schillers Verse, nicht bloß auf Gotthar Körners Mimik! Wahrscheinlich soll das, was uns der Künstler vorträgt eine verkleiste Aussöhnung des Wallenstein sein. Ich will darüber nicht streiten — ich fürchte, ungerecht zu werden wenn ich unter der Nachwirkung meines Vergers über meine Höterqual die Leistung in dem ganzen beurteilen wollte. Aber sowiel ist sicher — wenn die Körnerische Aussöhnung ihre Berechtigung haben mag — soll ich sie nicht berechtigt. Wenn er stundenlang flüstern kann — dann muß der Künstler so deutlich flüstern können, daß er

allen Besuchern verständlich ist, dann darf er nicht die Worte zwischen Jähnen und Lippen zu undeutlichem Gemurmel oder Zischen verunstalten. In der letzten Szene folgte schließlich auch Thessa Went, deren Gräfin Terzly herb und scharf war, dem bösen Beispiel. Es wird höchstlich nicht weiter um sich gretzen. Brächtig war auch Neissi wallonischer Kürassier. Eine Hodlersche Figur von strengem Majestät der Buttler des Herrn Faust, ein echter schmieriger Gläubiger der Isolani des Herrn Jesu-Gott. Die feste Körperlheit des Octavio zeichnete Schindler mit charakteristischen Strichen. Margarete Anton war die zart empfindende starke Seele — viel gefährlich Empfindsame blieb ihr erspart. Viel Gutes war sonst noch zu bemerken. H. B.

gart nicht mit der Klarheit und dem Feuer, wie wir es sonst von der Künstlerin gewöhnt sind. L.

Walther Bonhels in Leipzig. Walther Bonhels, dessen Bücher Die Abenteuer der Biene Maya, Himmelsvolt, Indienfahrt usw. weiteste Verbreitung gefunden haben, wird am Sonntag, dem 11. Dezember, im städtischen Kaufhause eigene Dichtungen vorlesen.

Ein Christus-Film wurde am Mittwochnachmittag in der Alberthalle vorgeführt. Wer nicht gläubiger Christ ist, hat in dieser Aufführung nichts zu suchen. Es läßt sich freilich eine Darstellung des Lebens Jesu denken, die auch dem Freudenker etwas gibt. Nämlich eine solche, die auf die dogmatische Zutat verzichtet, die nicht den Gottmenschen, sondern nur den Menschen Jesu gibt, die sich damit begnügt, den Reformator erfarrter, veräußerlichter Sittlichkeitsschule, den Vertreter neuer Sittlichkeit mit dem gewaltigen Gebot: „Liebet eure Feinde“, den streitbaren Widersacher der Heuchler und Hartherzigen, den Anwalt der Elenden und Sünder zu zeigen. (Weiß es nichts ausmacht, ob dieser Edelmensch wirklich gelebt hat oder ob er, wie Drews und andre glauben nachweisen zu können, nur eine Schöpfung der religiösen, mythenbildenden Phantasie ist?) Der Film aber will nicht nur ein religiöser, er will auch ein künstlicher Film sein und er führt dem biblischen Stoff noch die Schnörkel katholischer Legenden an. Schon wegen dieser Grundeinstellung kann der Richter von diesem Film nichts haben. Wie sich christliche Gemüter zu ihm stellen, kann ich nicht beurteilen. Das aber weiß ich: wenn ich ein frommer Christ wäre, ich würde diesen Film entschieden ablehnen. Nicht etwa, daß ich in der Darstellung im Kino an sich eine Erneuerung des heiligen Stoffs hätte; das wäre eine hornierte Auffassung. Aber weil ich in dieser Darstellung allerdings eine unwidrige Wiedergabe heiliger Mysterien sehen möchte. Weil die Darstellung lästig, grob und lächerlich zugleich ist. Das einzige Erträgliche sind die Darstellungen orientalischen Lebens, die Bolso- und Wüstenländer, das Weltwerk. Das Wesentliche aber — indes darüber mögen Christen entscheiden. H. B.

Städtische Theater. Mittwoch, den 16. November (Bußtag), findet nachmittags 2½ Uhr zu einfachen Preisen eine öffentliche Vorstellung von „Alt-Heidelberg“ im Alten Theater statt. Der Vorverkauf ist an der Tageskasse ohne Erhebung von Vormerkgebühren.

Schauspielhaus. Zu Cilli Cohrs wird am Dienstag und Donnerstag das Lustspiel von Emil Gött „Freund Heliosport“ gegeben.

kleines Theater. Max Pallenberg's Gastspiel gestaltet sich nun wie folgt: Am Montag, dem 14., Dienstag, dem 15., und Donnerstag, dem 17., spielt er den Jawabili in „Familie Schimel“, am Freitag, dem 18., und Sonnabend, dem 19., zum ersten Male die für ihn geschriebene Rolle des Otterbein in „Die Sache mit Lola“. Am Sonntag, dem 20. (Totensonntag), nachmittags 4 Uhr (der Künstler muß am Abend abreisen), verabschiedet er sich als Harpagon im „Geizigen“. Für diese Vorstellung gelten die für den 4. d. M. gesetzten Karten, die bis zum 17. auch zurückgegeben werden können. Der Vorverkauf für alle Gastspielauftritte begann am Mittwoch.

Leipziger Kunstreise. Am 21. November findet der erste der diesjährigen Wintervorträge statt, und zwar abends ½ Uhr im Kammermusiksaal des Gewandhauses. Herr Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Steinberg wird unter Vorführung von Lichtbildern über das Thema: „Das Tierbild in der ägyptischen Kunst“ sprechen. Karten zu diesem Vortrage (für Mitglieder zu 1.10 M., für Nichtmitglieder 3.50 M.) sind von heute ab an der Kasse des Kunstreisens zu entnehmen.

Wochenspielplan:

Neues Theater. Montag, ½ 7 Uhr: Lohengrin (Vereinsvorstellung). Dienstag, ½ 7 Uhr: Lohengrin. Mittwoch, 7 Uhr: Madame Butterflö. Donnerstag, 7 Uhr: Die Zauberflöte (Vereinsvorstellung). Freitag, 7 Uhr: Euryanthe. Sonnabend, 8 Uhr: Der Freischütz (Vereinsvorstellung); 8 Uhr: Tiefland. Sonntag, 6 Uhr: Tristan und Isolde.

Altes Theater. Montag, 6 Uhr: Faust (Arb.-Bild.-Inst.). Dienstag, ½ 8 Uhr: Baumeister Solnech (Arb.-Bild.-Inst.). Mittwoch, ½ 8 Uhr: Alt-Heidelberg; ½ 7 Uhr: Wallenstein. Donnerstag, ½ 8 Uhr: Kabale und Liebe. Freitag, ½ 8 Uhr: Kabale und Liebe. Sonnabend, 6 Uhr: Faust. Sonntag, ½ 8 Uhr: Maria Magdalena (Arb.-Bild.-Inst.); ½ 7 Uhr: Wallenstein.

Operetten-Theater. Montag, ½ 8 Uhr: Das Hollandweißchen (Vereinsvorstellung). Dienstag, ½ 8 Uhr: Der Blaue Geigerbaron. Mittwoch, ½ 8 Uhr: Das Dreimäderhaus. Donnerstag, ½ 8 Uhr: Das Hollandweißchen. Freitag, ½ 8 Uhr: Die spanische Nachtmagie (Vereinsvorstellung). Sonnabend, ½ 8 Uhr: Auf Flügeln des Gefanges. Sonntag, ½ 8 Uhr: Das Dreimäderhaus.

Leipziger Schauspielhaus. Montag, ½ 8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue. Dienstag, ½ 8 Uhr: Cilli Cohrs, Freund Heliosport. Mittwoch, ½ 8 Uhr: Wie es Euch gefällt. Donnerstag, ½ 8 Uhr: Cilli Cohrs, Freund Heliosport. Freitag, ½ 8 Uhr: Wohlgegen (Aufführung). Sonnabend, ½ 8 Uhr: Wohlgegen. Sonntag, ½ 8 Uhr: Wohlgegen. Montag, ½ 8 Uhr: Helden. Dienstag: ½ 8 Uhr: Wohlgegen.

kleines Theater. Montag, ½ 8 Uhr: Familie Schimel (Gastspiel Max Pallenberg). Dienstag, ½ 8 Uhr: Familie Schimel (Pallenberg). Mittwoch, ½ 8 Uhr: Die Hochzeitstruhe. Die Dienstboten. Donnerstag, ½ 8 Uhr: Familie Schimel (Pallenberg). Freitag und Sonnabend, ½ 8 Uhr: Die Sache mit Lola (Pallenberg). Sonntag, ½ 12 Uhr: 6. Matinee. „Vom Tod“ v. T. Strindberg (Erstaufführung); ½ 4 Uhr: Der Geizige (kleines Gastspiel Max Pallenberg); ½ 8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue.

Eingelaufene Schriften.

Ernst W. Freihler: Junge Triebe. Roman. Verlag Albert Langen, München. Preis geh. 24 M., in Ganzleinen geh. 36 M.

Arnold Ulrich: Die ernsthaften Toren. Novellen. Verlag Albert Langen, München. Preis geh. 18 M., in Ganzleinen geh. 30 M.

Prof. Dr. Heinrich Schmidt: Ernst Haeschel und sein Nachfolger Prof. Dr. Ludwig Pfeiffer. Verlag Volksbuchhandlung, G. m. b. H., Jena. Preis 5.50 M.

Den Freunden des Verlags A. A. Brockhaus. Testiproben aus Neuerscheinungen und anderen Verlagswerken. Verlag A. A. Brockhaus, Leipzig.

Julius Levin: Webmann Ismer. Erzählung. Ernst Nomihof Verlag, Berlin.

Theater und Revolution des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921.) Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferung für Deutschland: Verlagobuchhandlung Karl Hoffmann Nachf., Louis Cahnblau, Hamburg 11.

Hans Walde: Im Dämmerlicht. Gedichte. Xenien-Verlag zu Leipzig.

Straße 16, und dem Genossen Hempel, Niedarstraße 11 III, mitteilen.

Kartellbericht. Die leichte Kartellsicherung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Thema „Allgemeiner Bildungsausschuss und Arbeiterschaft“. Genosse Sander gab hierzu einen Rückblick auf das Entstehen des Bildungsausschusses und dessen Zusammenziehung. Hierbei ist zu bemerken, daß die Theaterveranstaltungen von der Arbeiterschaft viel zu wenig beachtet worden sind. Die Kurze waren durchweg gut besucht. Die Diskussionsredner sind im Prinzip dafür, daß der Bildungsausschuss weiterhin seine bisherige Tätigkeit entfalte. An Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Genossen Blauth wurde Genosse Hundertmark gewählt. Als zweiten Punkt behandelte man die Frage des Buches. Alle Redner sind der Meinung, daß für die Arbeiterschaft der Buchtag nicht als Feiertag in Frage kommt, sondern als Arbeitstag. Es ereignete allgemeines Bestreben, daß sich das Bezirkssatell noch nicht mit der Frage befaßt hat, um so mehr, da sich doch die leichte Betriebsrätekonferenz für Mitteldeutschland mit dieser Angelegenheit befaßte, und das Bezirkssatell mit der Einführung dieser Angelegenheit beauftragte. Der hiesige Kartellvorstand soll sich schnellstens nach dort um Auskunft wenden, denn freilich kann diese allgemeine Frage nicht geregelt werden. Im Geschehen wurde zunächst die Kartellabschaffung durchgesprochen. Es konnte festgestellt werden, daß die Bauern noch nicht einmal 50 Prozent von dem sehr häufig bestellten Quantum liefern. Es sind für die Stadt Eisenberg rund 18.500 Rentner befreit. Eindeutig bestellt worden, das beträgt noch nicht einmal einen Rentner pro Kopf der Bevölkerung. Es wird weiter in der Aussprache verlangt, daß schnellstens eine Sitzung mit dem Kreis-Landbundvorstand, dem Kartellvorstand und dem Verbraucherausschuß einberufen wird, um diese heiße Frage nochmals zu besprechen. Sollte auch hier nicht endlich etwas Vorbildes geschaffen werden, so will der Verbraucherausschuß seine Tätigkeit einstellen. — Zum Schluß wird noch auf den nächsten Kursus des Bezirkssatells für Betriebsräte und sonstige Funktionäre hingewiesen. Dieser findet am 14. November in der Quelle statt, mit der Tagessordnung: „Demokratie des Wirtschaftslebens.“ Referent: Genosse Walter - Merseburg.

n. Schleudig. Revolutionstester. In würdiger Weise feierte die in der USV organisierte Arbeiterschaft den Jahrestag der Revolution. Im dichtesten Versammlungsraum des Rates-Saals hielt der Genosse Wille - Leipzig die Festrede. Durch Rezitationen, musikalische Darbietungen eines Mandolinenquartetts und Gelangenvorträgen des Gefangenkreins Vorwärts wurden die Anwesenden angenehm unterhalten.

Müllerberatungsstunden im Bezirk Grimma.

Montag, 14. November, Brandis, Schule 1-3 Uhr.

" " Seelingstädt, Gasthof 8 Uhr

Gerichtsstaat.

Unerhörte Milchverschlüfung. Das Landgericht Kempten hat am 11. März den Landwirt Joseph Schraudolf wegen Milchverschlüfung und Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 8 Monaten Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe sowie zu drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Außerdem soll die Verurteilung des Angeklagten in mehreren Orten und Fachblättern auf Kosten des Angeklagten bekanntgemacht werden. Er hat lange Zeit hindurch die Milch nicht nur entrahmt, sondern ihr auch bis zu 70 Prozent Wasser beigemengt. Gegen das Urteil hatte er Revision eingereicht. Das Reichsgericht verwartet die Revision als unbegründet, doch wurde die angeordnete Veröffentlichung des Urteilsnotizes in Wegfall gebracht.

Wegen Aussöhnung seines Sohnes zur Comordung seines Frau und wegen Anstiftung zur Unterschlüfung hat das Land-

gericht Hannover den Vorarbeiter Friedrich Klaßny zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er lebt seit März 1920 von seiner Ehefrau getrennt und es schwelt zwischen beiden ein Scheidungsprozeß. Die drei Kinder befinden sich bei der Mutter, die als Zeitungsaussträgerin tätig ist. Der Sohn Fritz hilft ihr dabei. Nach langerer Trennung trat der Angeklagte den Knaben wieder. Er kaufte ihm Schokolade und sagte, er könne hier zu ihm kommen. Er schickte dem Sohn das Leben bei ihm als sehr angenehm und sagte, er werde bei ihm schönes Essen und neue Kleider bekommen. Auch würden sie beide miteinander wandern. Nachdem er den Knaben auf diese Weise gefügig gemacht hatte, suchte er ihn zu veranlassen, die Mutter zu bestreiten. Er sagte, er solle ihr möglichst viele Ungelegenheiten bereiten, damit viele Beschwerden beim Anzeigen eingehen und die Mutter ihre Stellung verlieren. Die Mutter werde dann vor Hunger sterben und er, der Vater, werde dann die Kinder zu sich nehmen. Bei einer späteren Gelegenheit sagte der Vater zu dem Knaben, er solle die Mutter erdrosteln, und gab ihm dazu einen Strick. Dabei saß er ihm auseinander, wie er es zu machen habe, daß er den Strick gewinne, als ob sich die Mutter selbst erdrosteln habe. Auch gab er dem Knaben zehn Groschen, die er in den Gasautomaten stecken sollte, um die Mutter mit Gas zu vergiften. In allen diesen Zumutungen hat das Gericht eine Aufforderung zur Begehung eines Mordes erblickt. Strafarzt ist eine solche nur minderlich erfolgte Aufforderung nur dann, wenn sie an die Gewährung von Vorzeichen geknüpft war. Diele Vorauflösung lag vor, da der Angeklagte seinem Sohne bessere Lebensmittel, neue Kleider usw. versprochen hatte. Das Gericht hat auch festgestellt, daß er dem Mord begangen hätte, die Einsicht in die Straftat seines Sohnes gehabt haben würde. Weiter hat der Angeklagte seinen Sohn angestiftet, zwei größere Geldbeträge, die er für seine Mutter einkassiert hatte, zu unterschlagen und ihm zu geben. — Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingereicht, die jetzt das Reichsgericht beschäftigt. Er bestreitet, seinem Sohne gerade für die Ermordung der Mutter Vorzeile verprochen zu haben und bezweckte das Urteil im Übrigen als widerspruchsvoll. Das Reichsgericht verzog die Revision als unbegründet.

Drohung mit Gewalt oder wohlgemeinte Warnung? Das Landgericht Ulm hat am 11. Januar eine Anzahl Arbeiter wegen Nötigung zu 1 und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Ende August 1920 war in Göppingen der Generalstreik verkündet worden, aber ein Teil der Arbeiter und die Bureauangestellten wollten sich nicht anschließen. Die Angeklagten sind nun in die Betriebe gegangen, um die Widerständler zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Sie haben sich dabei angeblich nicht darauf beschränkt, die Genossen durch Überredung zur Ablegerung der Arbeit zu bestimmen, was erlaubt ist, sondern sie haben auch zu den Widerstreitenden gesagt, sie sollten sich freiwillig entschließen und hinausnehmen, das Weiterleben werde sich finden, man könne nicht einschreiten in das, was passiere; wenn die Masse herankomme, könne man nichts dafür; draußen stehe ein Haufen Leute, die ihre Konsequenzen ziehen; man werde keine Gewalt anwenden, aber für die Draußenstehenden könne man nicht einschreien. Das Gericht hat als erwiesen angeschaut, daß die Angeklagten damit teils offen, teils verdeckt Gewaltstülpchen angedroht haben. Solche Lönnten in Mißhandlungen der Angestellten und in Beschädigungen der Magazine bestehen. In der Revision der Angeklagten wurde eine zu weite Auslegung des Begriffs der Mittlerschaft gerichtet. Nicht jeder Exzess eines Angeklagten könne den andern zur Last gelegt werden, sondern nur ein solcher, der von ihnen gebilligt sei. Das Reichsgericht verwartet indessen die Revision als unbegründet, da ausreichend festgestellt worden sei, daß jeder der Angeklagten die Worte der andern als Drohung mit einem Hebel aufgesetzt und gebilligt habe.

Briefkassen der Redaktion.
G. B. 13. Das alte System besteht nicht. Ist über die Abfindungsfrist vertraglich nichts vereinbart, so ist, wenn der Lohn nach Monaten bemessen ist, die Kündigung nur für den Schluss eines Kalendermonats zulässig und sie muß spätestens am ersten des Monats erfolgen. Ist der Lohn nach Werkjahren oder nach längeren Zeiträumen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalenderwerkjahrs und nur unter Einhaltung einer lebenswöchentlichen Kündigungsfrist zulässig.
2. Richten Sie eine Belehrung an das Gewerbeamt. 3. Sie müssen insgesamt 188 Mark für die Woche erhalten. Belehrung ist dem Fürsorgeamt zu unterbreiten. 4. Mt. Parteiliste.

Streitfrage. Am 9. November 1920 erschien die Zeitung der Volkszeitung nicht. 1 Mt. Parteiliste.

Alter Junge. C.-S. 1. Jol. 2. Jol. 3. Das ist möglich. Die Bestimmungen über das Lohnbeschlagnahmegesetz müssen aber eingehalten werden. — 2 Mt. Parteiliste.

B. M. Wittgensdorf. Kinder unter 17 Jahren fallen unter die in Frage kommende Bestimmung, auch wenn sie Arbeitschein bekommen haben. Ab 1. November 1921 regelt sich der Steuerabzug wie folgt: Jeder Prozent von einem Wochenlohn von 272 Mark sind 17.20 M. Davon gehen ab: Für Sie 2.40 M., für Ihre Frau 2.40 M., Werbungskosten 3.60 M., für Ihre vier Kinder 14.40 M., macht zusammen 22.80 M. Dieser Betrag geht von der Summe 67.20 M. ab, so daß Sie wöchentlich 14.40 M. an Steuern zu zahlen haben, die in Abzug gebracht werden.

G. A. 20. Die Geschäftsstelle der Allianz Leipzig des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands befindet sich Floßplatz Nr. 20; geöffnet von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr.

Rechtsstreit. 1. Um Ihnen darüber Auskunft zu geben, müssen wir den genauen Sachverhalt kennen. Und auch dann könnte nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, ob ein Prozeß Erfolg hat. 2. Das hängt ganz ab von den schriftlichen Bedingungen, die mit der Versicherungsgesellschaft vereinbart sind. Die müssen genau durchgesehen werden. — 5 Mt. Parteiliste.

Kommunist A. W. Uns ist nicht bekannt geworden, daß Friedlicher Gehir von der Parteileitung der KPD zur Verantwortung gezogen werden soll, weil er im Zentraltheater eine rechtssozialistische Rede gehalten hat. Werdegang und Sie an die falsche Adresse geraten. Wenn Sie genaue Auskunft haben wollen, werden Sie sich doch am besten an Ihr eigenes Parteorgan, den Roten Kuriert.

B. R. 100. Der Alimentationsanspruch besteht auch dann, wenn das Kind von anderer Seite unterstützt wird. Der Vater ist verpflichtet, das Kind zu unterstützen.

A. B. Gotha. Sie können zunächst nur für Arbeitslosleidung den größeren Aufwand in Abzug bringen. Doch wir raten Ihnen, eine Entscheidung des Landesfinanzamts in Dresden herbeizuführen, denn sie ist wichtiger genug auch für die anderen Schwerlastbesoldigten. Beschweren Sie sich daher über die Entscheidung des Leipziger Finanzamts beim Landesfinanzamt. — 2 Mt. Parteiliste.

M. J. 3. Sehen Sie sich die Versicherungsbedingungen genau an, die Sie unterschrieben haben. Ist eine Kündigungsfrist vorzusehen, und ist sie von Ihnen nicht eingehalten worden, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Kommt es zum Prozeß, so zahlen Sie noch die Kosten. — 2 Mt. Parteiliste.

Hauopasha, Großzschocher. Anonyme Zuschriften veröffentlichten wir nicht.

G. St. 10. Bei Anfragen über Steuern muß neben dem Lohn auch der Familienstand genau angegeben werden, sonst ist eine Auskunft nicht möglich. Handelt es sich um einen unverheirateten Mann, so sind wöchentlich 38 M. an Einkommen zu zahlen. 2 Mt. Parteiliste.

H. W. Göteborg. Sie müssen ein Reisebüro fragen.

Die beliebten Rotti-Fleischbrühwürfel sind in alter bewährter Güte wieder zu haben. Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich „Rotti“ Würfel.

„Diamalt A. G. Abt. Rotti, München.“

Friedrichshallen, Connewitz.

Dienstag, den 16. November, abends 1/2 Uhr:

Seidel-Sänger.

Der glänzende neue Spielplan!
Vorverkauf der num. Blätter im Restaurant,
Mittwoch, d. 16. (Buhlag) Alter Goldboden, Dönsdorf.

Nachtfalter

Hainstraße 18

Allabendlich 7½ Uhr

Kabarett.



Ein Unglüd ist es für Männer und Frauen, bei denen Gedächtnis-Krankheiten durch eine unnatürliche und unangenehme Behandlung unterdrückt, kranklich in die Tiefe getrieben und dadurch unablässige schlimme Folgen verursacht werden. Wie das gelingt, wie das aber auch verhindert wird, darüber kann morgen um 18 Uhr im Schauspielhaus, 2. Fl., weitere erfahrenen Redner und verleihen deren Porträts G. 22 gegen Einladung oder Nachnahme von 10 M. unter Verein für Lebens- und Gesundheitsschutz, Sophienstr. 19.

Wer noch preiswert und gut kaufen will in Nossen, Böhlitz, Hohenau, Barchent, Handtücher, Wäsche, Strümpfe, Schürzen, Stickerel, Wäscheladen usw. usw. gebe ihm zu E. Glückner, Leutzsch, Linden, Str. 49, k. Lad.

Demokrat erscheint

Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale

E. VARGA

STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerohe / Die Frage der Abwählbarkeit von Steuern / Die Steuropolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuropolitik der kommunistischen Parteien
24 Seiten

Preis Mk. —30

Zu bestellen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Hiermit zur Nachricht, daß mein lieber Mann,

unter guter Datei

Friedrich Walter Stoll

Sonnabend, den 12. November, lautst entlassen ist.

L.-Kleinschroder, Windorfer Straße 30

Die trauernden hinterbliebenen.

Eindämmung findet Dienstag, nachm. 1/4 Uhr statt.

Dant. Zarildgelebt von der Einäscherung meiner lieben Gattin

Marie Louise Taubert geb. Zeller

fühlt ich mich gedrungen, allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten, den lieben Hausbewohnern

für innige Anteilnahme möglichen herzlichen Dank auszusprechen. Besonderen Dank dem Gefangenverein

der Freien Gaskette für den erheblichen Belang

der Trauertafel. Auch Dank Herrn Prediger

Rippenberger, Taucha, Eilenburger Straße 1

Bruno Taubert.

Am 11. November starb unsere Tochter

Frau Marie verw. Müller

Großzschocher

im Alter von 65 Jahren.

Ihr liebster und ehrlicher Charakter sichert ihr

ein bleibendes Andenken.

Verlag und Expedition

der Leipziger Volkszeitung.

Nahruj. Schnell und unerwartet verließ am

schweren Leiden unter treuer Arbeitskollege

Oskar Fröhlauf.

Dir aber, Kollege, rufen wir ein ruhiges Grab nach.

Das Gesamtpersonal

der Firma R. Lindner, Wahren.

